

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen zusammenfassend auf unser

Programm zur Kommunalwahl 2021

das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigelegt ist.



Die Zitate in unseren Antworten sind dem Programm zur Kommunalwahl 2021 entnommen.

1. Werden Sie sich gemeinsam mit uns auf der Basis der ver.di-Vorschläge für eine Verbesserung der Gemeindefinanzierung einsetzen (z.B. Millionärsabgabe, dauerhafte Vermögensteuer, höhere Steuer auf große Erbschaften, höhere Steuern auf Kapitalerträge und hohe Einkommen, Finanztransaktionssteuer, besserer Steuervollzug, mehr Steuern von finanzstarken Unternehmen, Erhöhung der Zuweisung des Landes)?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

„Die Linke/Liste Solidarität wird sich dafür einsetzen, dass endlich diejenigen zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, die selbst in der momentanen Krisensituation still genießend dem Anwachsen ihrer Zig-Millionen- und Milliardenvermögen zusehen können.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 10)

„Im Wesentlichen ist die kommunale Finanznot aber das Ergebnis einer gezielten politisch- ökonomischen Strategie. Nämlich jener, durch die „Verknappung“ der Gemeindehaushalte Privatisierungen zu forcieren und den schwer erkämpften Sozialstaat zu schleifen!“ (Kommunalwahlprogramm Seite 10 , 11)

Die Liste setzt sich für eine Gemeindefinanzreform, die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ein.



2. Werden Sie sich gemeinsam mit uns für die Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse (= Wachstumsbremse und Angriff auf unseren Sozialstaat) in Hessen einsetzen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

3. Sind Sie bereit, sich für eine Erhaltung der direkten politischen Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung über die Erbringung der Dienstleistungen für Rüsselsheimer EinwohnerInnen einzusetzen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, „Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt Privatisierung“ ist einer der Orientierungspunkte unserer Politik. Nachzulesen in unserem Programm auf Seite 31 und 32.

4. Werden Sie sich gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und für eine Rekommunalisierung einsetzen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, siehe oben.

„Der Wirtschaftsliberalismus richtet mit seiner Markt-Ideologie großen Schaden an. Alle Lebensbereiche sollen nach kapitalistischen Maßstäben geordnet werden. Dies lehnen wir ab. Der öffentliche Sektor muss von diesen kapitalistischen Ansprüchen und Handlungskriterien ausgenommen werden.

Wir fordern deshalb echte Rekommunalisierungen und den Verzicht auf weitere · sogenannte „Ausgliederungen“.

Wir fordern: Keine Privatisierungen oder teilweise Privatisierungen öffentlicher Aufgaben und Leistungen.

Wir fordern die Rückführung der ausgegliederten und an Private ausgeschriebenen Aufgaben-Bereiche in die öffentliche Hand. „(Kommunalwahlprogramm Seite 6)

5. Werden Sie sich gemeinsam mit uns für den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen bei der Stadt Rüsselsheim einsetzen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, so wie in der Vergangenheit.

„Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen. Die Linke/Liste Solidarität tritt daher mit Nachdruck für den Erhalt folgender öffentlicher Einrichtungen ·

ein: · Kindertagesstätten · Betreuungsschulen · Jugendhäuser ·

Jugendpflege/Jugendbildungswerk · Stadt- und Stadtteilbüchereien · Krankenhaus ·

Altenheim und Seniorentreffs · Sozialstation · Theater · Volkshochschule · Musikschule

Schwimmbäder, Sportstätten Die Arbeit in diesen Institutionen muss von gut

ausgebildeten professionellen Kräften geleistet werden.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 5)

6. Werden Sie dafür eintreten, dass es weiterhin keine betriebsbedingten Kündigungen bei der Stadt Rüsselsheim gibt?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

7. Werden Sie dafür eintreten, dass Beschäftigte nach Ablauf ihrer befristeten Arbeitsverträge weiter beschäftigt werden?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, „Wir fordern die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 7)

8. Setzen Sie sich mit uns für die weitere Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ in den Dienststellen ein? Das heißt zum Beispiel, dass alle Bewerbungen – unabhängig

von Geschlecht, Nationalität, kultureller und sozialer Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und Identität – begrüßt werden und Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund ausdrücklich erwünscht sind.

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

9. Sind Sie bereit Maßnahmen zu ergreifen, die den Erhalt der Gesundheit der Beschäftigten dienen, z.B. durch die Gewährung von Kurzpausen während der Arbeitszeit?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

10. Werden Sie sich dafür einsetzen, die städtischen Dienstgebäude barrierefrei zu gestalten und bauliche Mängel durch zügige Sanierung zu beseitigen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

11. Sind Sie bereit sich für den Ausbau/Anmietung weiterer Büroräume für die Verwaltung einzusetzen? Durch Mehrfachbelegungen ist heute schon der Datenschutz nicht immer gewährleistet; die Corona-Pandemie hat den Mangel an Büroräumen nochmals verschärft.

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen zusammenfassend auf unser Programm zur Kommunalwahl 2021 das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigelegt ist.

Wahlprüfstein Ausbildung und Übernahme

Die Stadt Rüsselsheim am Main muss als öffentlicher Dienst weiterhin eine wichtige Rolle in der Ausbildung wahrnehmen.

Die Erhaltung, Schaffung und Besetzung qualifizierter Ausbildungs- und Praktikumsplätze sowie die Übernahme nach der Ausbildung kann und muss ein deutliches, politisches

Zeichen gegen die Jugendarbeitslosigkeit sein.

- Wie wichtig ist Ihnen die Ausbildung? Was bedeutet es für Sie Ausbildungsbetrieb zu sein?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Wir fordern den Erhalt und weiteren Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften. (Kommunalwahlprogramm Seite 7)

- Stehen Sie dafür, dass alle Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung und im Eigenbetrieb Kultur 123 erhalten bleiben, ausgebaut und besetzt werden?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja siehe oben. (Seite 7)

- Setzen Sie sich für eine unbefristete Übernahme in Vollzeit bei der Stadt Rüsselsheim ein?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

- Setzen Sie sich für eine Steigerung der Attraktivität der Ausbildung im Sozial- und Erziehungsdienst ein, z.B. durch Erhöhung des Taschengeldes von SozialassistentInnen von aktuell 230,- Euro auf 400,- Euro monatlich?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

„Bildungsarbeit besser bezahlen

*Heute muss im Erziehungs- und Bildungswesen mehr Arbeit geleistet werden als von den Beschäftigten bewältigt werden kann. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang wendet sich die Linke/Liste Solidarität entschieden gegen alle Bestrebungen, die „Bildungsstückkosten“ über Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen zu senken. Im Gegenteil: Berufe im kulturellen und im Bildungsbereich bedürfen einer deutlichen Aufwertung, dies muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Befristete TvH-Verträge und Honorarverträge müssen in feste Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 13)*

- Setzen Sie sich dafür ein, Ausbildungsplätze für Jugendliche, die Nachteile auf dem Ausbildungsmarkt haben (z.B. wegen mangelnder Schulabschlüsse, Geflüchtete usw.), leichter zugänglich zu machen und ihnen während ihrer Ausbildung Hilfen anzubieten?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

„Die Ausbildungsplatz- und Berufswahlfrage wird sich in der Folge der Pandemie wieder verschärfen, gerade kleinere örtliche Betriebe und Geschäftsleute sind durch längere

*Schließungen in ihrer Existenz bedroht, was mit Sicherheit auch Ausbildungsplätze kosten wird. Finanzielle Unterstützung bedrohter Betriebe durch Steuergelder muss darum unbedingt an soziale Bedingungen geknüpft werden. Die Linke/Liste Solidarität will sich verstärkt dafür einsetzen: ·Den Abbau von kommunalen Ausbildungsplätzen rückgängig zu machen, insbesondere im Städteservice Raunheim/Rüsselsheim. Die Bemühungen der Heisenbergschule (Kreisberufsschule) bei der Einrichtung vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge · weiter zu unterstützen. Die Zukunftsplanung der Jugendlichen darf nicht nur in der Schule stattfinden, sie brauchen Unterstützung bei der Vermittlung von Praktikumsstellen, z.B. auf Praktikumsbörsen usw. Beratungsangebote und Beratungstage durch den Fachbereich Jugendförderung sind einzurichten, um Jugendlichen und ihren Eltern Informationsmöglichkeiten zu geben und Schwellenängste besonders · für Migrantenfamilien abzubauen. Schulsozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen auszubauen; also auch · an Gymnasien Ausbau von Kindertagesstätten und Betreuungsschulen ohne Abstriche bei der · Qualität Erweiterung der Öffnungszeiten in den Jugendeinrichtungen, besonders auch an Wochenenden.“
(Kommunalwahlprogramm Seite 21)*

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen zusammenfassend auf unser Programm zur Kommunalwahl 20021 das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigelegt ist.

Wahlprüfstein Kindertagesstätten

Die Sozial- und Erziehungsberufe erleben seit Jahren eine gestiegene Bedeutung für unsere Gesellschaft. Dies zeigt sich noch einmal verstärkt während der Corona-Pandemie, indem diese Berufe als systemrelevant eingestuft werden. Gleichzeitig herrscht ein gravierender Mangel an Erzieher:innen – auch bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim. Ursachen liegen hierfür u.a. in den nötigen Ausbau an Betreuungsplätzen und den Nachwuchsmangel durch eine unattraktive Ausbildung und schlechten Arbeitsbedingungen. So ist eine Aufwertung des Erzieher:innenberufes unabdingbar, um Personal zu gewinnen und zu halten.

Was haben Sie bisher zur Personalgewinnung und –haltung beigetragen und wie wollen Sie zukünftig dem Personalmangel begegnen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

„Nach den letzten Wahlen 2016 gingen wir ein Bündnis mit SPD, Grünen und WsR ein. Es gelang, viele Schritte in Richtung unserer oben aufgeführten Ziele im Bündnispapier zu verankern. Was konnte davon umgesetzt werden? Dazu einige Beispiele: ·die Einführung eines Rüsselsheim-Passes (aber noch ohne Fahrpreisreduktionen für · den ÖPNV) · eine

deutliche Erweiterung der Kitaplätze · mehr kommunale U3-Betreuung · bessere Bezahlung der Erzieher*innen · mehr Stellen für Erzieher*innen mehr Stellen (plus ca. 300) insgesamt im öffentlichen Dienst (aber viele Stellen sind · noch nicht besetzt) um die vielen offenen Stellen schneller besetzen zu können, wird mit dem Haushalt 2021 die Personalverwaltung aufge- · stockt wieder mehr feste Stellen in der Musik- · schule die Straßensozialarbeit wurde wieder ein- · geführt Rekommunalisierung und Ausweitung der · Schulsozialarbeit wir haben das Stadtteilforum Innenstadt · mit initiiert neu eingeführt wurde stadtteilbezogene · Sozialarbeit („Gemeindeschwester 2.0“) die erhaltene Gerhart-Hauptmann-Schule wurde auf ihren Antrag in eine IGS umgewandelt

.....

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen. Die Linke/Liste Solidarität tritt daher mit Nachdruck für den Erhalt folgender öffentlicher Einrichtungen · ein: · Kindertagesstätten · Betreuungsschulen · Jugendhäuser · Jugendpflege/Jugendbildungswerk · Stadt- und Stadtteilbüchereien · Krankenhaus · Altenheim und Seniorentreffs · Sozialstation · Theater · Volkshochschule · Musikschule Schwimmbäder, Sportstätten Die Arbeit in diesen Institutionen muss von gut ausgebildeten professionellen Kräften geleistet werden.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 5)

Sind Sie bereit sich mit uns dafür einzusetzen, dass

- die Erzieher:innen in Rüsselsheim in die EG S 10 eingruppiert werden?
- die Sozialassistent:innen eine Aufstockung ihres Taschengeldes von derzeit monatlich 230,- Euro auf 400,- Euro erhalten?
- im Sinne des Gesundheitsschutzes gerade in Hinblick auf ältere Beschäftigte Erzieher:innen zusätzliche 5 freie Tage erhalten?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

„Bildungsarbeit besser bezahlen

Heute muss im Erziehungs- und Bildungswesen mehr Arbeit geleistet werden als von den Beschäftigten bewältigt werden kann. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang wendet sich die Linke/Liste Solidarität entschieden gegen alle Bestrebungen, die „Bildungsstückkosten“ über Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen zu senken. Im Gegenteil: Berufe im kulturellen und im Bildungsbereich bedürfen einer deutlichen Aufwertung, dies muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Befristete TvH-Verträge und Honorarverträge müssen in feste Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 13)

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen

zusammenfassend auf unser Programm zur Kommunalwahl 2021 das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigelegt ist.

Wahlprüfstein Eigenbetrieb Kultur 123

- Werden Sie sich für sozialverträgliche Eintrittspreise und Gebühren im Theater, Musikschule, Bücherei und Volkshochschule einsetzen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, „Wir wollen den gemeinschaftlichen und öffentlichen Charakter der Stadt erhalten und ausbauen, ihre wirtschaftlichen und politischen Strukturen demokratisch und transparent gestalten. Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Sportanlagen, Stadtbücherei und die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule allen ebenso kostenlos zur Verfügung stehen wie der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) oder Museen und Theater.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 4)

- Werden Sie sich für den Erhalt und den Ausbau aller kulturellen Einrichtungen einsetzen, so wie sie im „Kulturprofil“ beschrieben sind?

-

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

- Werden Sie sich uneingeschränkt für den Erhalt des Theaters in seiner heutigen kommunalen Form einsetzen?

-

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, „Das Rüsselsheimer Stadttheater ist traditioneller Schwerpunkt kommunaler Kulturförderung. Der inhaltliche Anspruch lag in weiten Strecken lediglich darin, gute Unterhaltung zu bieten. Dies alleine reicht allerdings nicht. Durch die Zusammenarbeit mit den umliegenden Theatern und vor allem den Hochschulen, sollte ein Zugang zu anspruchsvolleren Aufführungen ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass die Programmgestaltung nicht mehr von Agenturen durchgeführt wird. Weiterer Schwerpunkt sollte wie bisher das Kinder- und Jugendtheater sein. Es ist nach und nach weiter zu entwickeln. Die erfreulicherweise in Rüsselsheim bestehenden freien Theatergruppen sind verstärkt zu fördern.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 16)

- Sind Sie bereit dafür zu sorgen, dass der Kulturbereich mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um den gesellschaftlichen kulturellen Auftrag erfüllen zu können?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

- Politik, Bürgerinnen und Bürger haben, auch durch Zuwanderung bedingt, in berechtigter Weise stetig steigende Anforderungen an das Angebot an Bildung, vor allem an integrativer Bildung und Kultur. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine ausreichende Personalausstattung für diesen Bereich zur Verfügung steht?

-

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, „Die Linke/Liste Solidarität fordert die Entwicklung eines Konzeptes zur frühzeitigen Aufnahme und der gezielten Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund beim Übergang in die Grundschule. Die Kenntnis der deutschen Sprache darf nicht Voraussetzung für eine Einschulung sein. Die verstärkte und qualitativ hochwertige Umsetzung der im Arbeitsleitfaden für die Rüsselsheimer Kitas als Anspruch formulierten „Interkulturellen Pädagogik“ muss durch Bereitstellen der notwendigen materiellen und personellen Mittel ermöglicht werden. Dazu gehört eine entsprechende Personalausstattung und Weiterbildung der in den Kitas Beschäftigten. Eine vermehrte Beschäftigung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund ist anzustreben. Die Stadt Rüsselsheim soll ein Projekt zur zweisprachigen Alphabetisierung (bilinguale Grundschule), analog zum KoalaProjekt (Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht) in Frankfurt, starten.

Schulische Förderung

Die Linke/Liste Solidarität will eine Schule für alle. Solange dies noch nicht der Fall ist, soll dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Schulen als echte Ganztagschulen gerade die Kinder unterstützen, deren Eltern nicht die Möglichkeiten und finanziellen Mittel haben, eine private Nachhilfe zu organisieren. Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen einen erfolgreichen Schulabschluss, auch das Abitur, erhalten. Beratung und Unterstützung der Eltern bei der Schulwahl ist erforderlich und sehr wichtig, Diskriminierung aufgrund der Herkunft und einer vermuteten Überforderung in den weiterführenden Schulen muss verhindert werden. Die besonderen Kompetenzen von Schülerinnen, Schülern und Eltern mit Migrationshintergrund sollen im Schulleben gefördert werden.“ (Kommunalwahlprogramm Seite 26)

- An der vhs arbeiten seit vielen Jahren ca. 15 Kursleitungen auf Honorarbasis, die jeweils mehr als 13 Unterrichtseinheiten wöchentlich Deutsch unterrichten. Stetig nehmen durch Zuwanderung die Anforderungen an das Angebot von Bildung und Kultur zu. Zugleich steigen die Anforderungen im Arbeitsleben, auch im Bereich der Sprachkompetenz. Dieser erhöhte Bedarf zur Unterstützung von gelungener gesellschaftlicher und beruflicher Integration besteht fortlaufend. Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen Bedarf dauerhaft und qualitativ hochwertig abdecken zu können, indem Sie prekäre Honorarverhältnisse in unbefristete Beschäftigung umwandeln?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja, siehe oben.

- Aktuell hat die vhs sechs Standorte in Rüsselsheim. Dadurch entsteht ein hoher Aufwand an Verwaltung und Instandhaltung. Die Zusammenfassung aller Angebote an einem Standort führt zu einer qualitativen Verbesserung in allen Bereichen, in der Ausgestaltung des Angebotes und des Kundenservice, in der Kommunikation und im internen Austausch. Die Organisation an einem Unterrichts- und Veranstaltungsort bietet neue Möglichkeiten der Gestaltung, schafft Raum für Flexibilität und führt zu einem effizienteren Arbeiten. Damit ergibt sich zugleich der Effekt, Ziele mit weniger Aufwand und Kosten umzusetzen. Bei einer zentralen Lage in Rüsselsheim kann neben einer Steigerung der Attraktivität des vhs-Angebotes auch eine positive Auswirkung auf das städtische Leben erreicht werden. Setzen Sie sich für einen vhs-Standort für Rüsselsheim in zentraler Lage ein?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Hierzu gab es noch keinen Meinungsbildungsprozess in der Der Linken Liste Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen zusammenfassend auf unser Programm zur Kommunalwahl 2021 das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigefügt ist.
Zitat aus unserem Kommunalwahlprogramm Seite 15

„Betreuungsschulen

Die Situation der Rüsselsheimer Betreuungsschulen bleibt weiterhin nicht zufriedenstellend. Die Standards in der Betreuungsschule sollen bezüglich der Raumausstattung, der Ausstattung mit einer stellvertretenden Leitung und der Personalausstattung den Kitas angeglichen werden. Die Verzahnung der Betreuungsschularbeit mit dem Unterricht der Grundschule und verlässliche Bezugspersonen für die Kinder in der Betreuung sind unverzichtbar! Die Linke/Liste Solidarität wendet sich entschieden dagegen, dass die Rüsselsheimer Betreuungsschulen zu Billigaufbewahrungsanstalten verkommen. Schulische Betreuungsangebote müssen die gleichen Standards erfüllen wie die Horte. Schulkinderhäuser sind nur dann sinnvoll, wenn die Qualitätsstandards des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) eingehalten werden.“

Wahlprüfstein Betreuungsschulen

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsschulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim bleiben?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicher stellen und für mehr Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sorgen?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

- Werden Sie sich dafür einsetzen, gemeinsame Konzepte der Zusammenarbeit von Grundschulen und Betreuungsschulen zu favorisieren und weiterhin die Trägerschaft wahrnehmen zum Wohl der Kinder und der Familien in Rüsselsheim?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen,

hier unsere Antworten auf eure Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl. Eine einfache Antwort ist auf solch komplexe Fragestellungen leider nicht möglich, wir verweisen zusammenfassend auf unser Programm zur Kommunalwahl 2021 das euch als Broschüre zugeschickt wurde und diesem Schreiben als PDF-Datei beigelegt ist.

Wir haben uns in unserer bisherigen Politik erfolgreich für die Rekommunalisierung und Ausweitung der Schulsozialarbeit eingesetzt, unsere Forderung für die kommende Wahlperiode ist der Ausbau der Schulsozialarbeit und Einführung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen. Unsere Vorstellungen zur Bildung sind in unserem Kommunalwahlprogramm auf den Seiten 13 bis 15 ausführlich dargestellt.

Wahlprüfstein Schulsozialarbeit

Werden Sie sich gemeinsam mit uns dafür einsetzen, dass zukünftige Gebäude- und Schulsanierungen bzw. Neubauten unter den Aspekten des Klima- und Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit geplant und durchgeführt werden?

Antwort „Die Linke Liste Solidarität“

Ja

Zitat aus unserem Kommunalwahlprogramm Seite 28ff)

„Die Linke/Liste Solidarität hat deshalb die Ausrufung des kommunalen Klimanotstands unterstützt und wird weiterhin auf eine schnelle und konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem 2017 beschlossenen Klimaschutzkonzept drängen.

Sie unterstützt die Aktivitäten der klassischen Naturschutzverbände und der Fridays for Future Bewegung zur Verhinderung der Klimakatastrophe.

Obwohl die Aussichten gering sind, auf Grundlage kapitalistischer Verhältnisse zu einschneidenden Veränderungen zu kommen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden um die vorherrschende Art des Energieverbrauchs und der Energiegewinnung, des Land- und Wasserverbrauchs, der dominanten Konsum- und Mobilitätsvorstellungen in Frage zu stellen und sinnvolle Alternativen zu denken und zu praktizieren.

Dies gilt auch und gerade für die kommunale Ebene, dem Umfeld auf dem wir unmittelbar verantwortungsvoll zu handeln in der Lage sind. Deshalb wird sich die Linke/Liste Solidarität neben den Anstrengungen für eine andere regionale und kommunale Verkehrspolitik für folgende Ziele einsetzen:

·Keine zusätzliche Ausweisung von Siedlungs- und Industriegebieten sowie Verkehrsflächen Verringerung des Versiegelungsgrades in den bestehenden Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebieten

Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden statt Bebauung bisher dafür ungenutzter Flächen Erhalt und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen, Festlegung von Tabuzonen für die Siedlungstätigkeit Förderung und Nutzung lokaler und regionaler Produktions- und Konsumkreise Verstärkte Förderung von Initiativen zur ökologischen Stromgewinnung, Stromnutzung und Stromeinsparung durch städtische Gesellschaften und Betriebe (Stadtwerke, Gewobau, GPR, etc.) und deren

konsequente Umsetzung im eigenen Bereich Die Natur- und Landschaftsschutzgebiete, sowie die Natura2000-Gebiete (FFH und VSG) in Rüsselsheim und Umgebung sind gemäß den Zielvorgaben aus dem Bundesnaturschutzgesetz zu erhalten, zu pflegen und aufzuwerten.“ Ihre wichtige Funktion für den Artenschutz stellt ihre Rolle als Verbindungsflächen (Stichwort Biotopvernetzung) und damit Ausbreitungs- und Austauschkorridore für Tiere und Pflanzen dar. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zu intensivieren. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist bei Bautätigkeiten einer Sanierung vorhandener Gebäude der Vorrang vor Abriss und Neubau zu geben.“

Links wird wirken - umso wirkungsvoller, je besser das Wahlergebnis für die Linke/Liste Solidarität und andere Linke auf anderen politischen Ebenen sein wird. Und - noch wichtiger - je mehr Menschen sich selbst in Bewegung setzen, für eine Kommune und eine Welt des friedlichen und sozialen Miteinanders, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Demokratie in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Medien.

Mit solidarischen Grüßen

Vorstand der Linke Liste Solidarität